



Bericht über die Flüchtlingsarbeit in der Landeskirche

Die Landessynode beschließt einstimmig die vorgelegte Kundgebung:

Kundgebung der XII. Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig

1. Wir stehen als christliche Kirche für eine Kultur der Offenheit gegenüber Fremden. Wir sehen den Zuzug von Menschen aus anderen Nationen in unsere Nachbarschaft nicht als Bedrohung, sondern als Herausforderung und Chance in einer global vernetzten Welt.
2. Wir sind erschüttert über die menschlichen Tragödien auf den Fluchtrouten über das Mittelmeer und über den Balkan. Wir fordern die Verantwortlichen auf, die Seenotrettung zu verstärken und zugleich sichere und legale Wege für Schutzsuchende zu schaffen.
3. Wir stehen vor einer langfristigen Aufgabe. Unabhängig von aktuellen Flüchtlingszahlen, bleibt die Herausforderung unverändert groß, Schutzsuchende würdig unterzubringen, rechtliche Verfahren zügig zu bearbeiten und die Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.
4. Wir erwarten von allen, die in Deutschland zeitweise oder dauerhaft leben, die Einhaltung der geltenden Gesetze und den Respekt vor den kulturellen Umgangsformen in unserem Land. Wir lehnen zugleich die Forderung ab, das grundgesetzlich geschützte Recht auf freie Religionsausübung für Angehörige nichtchristlicher Religionen einzuschränken.
5. Wir bitten alle Mitglieder unserer Landeskirche, in der Nachfolge Jesu die gleiche Würde aller Menschen zu betonen und sich gegen rassistische und diffamierende Äußerungen zu wenden.
6. Wir halten den Dialog zwischen den Religionen und die Förderung des respektvollen Umgangs miteinander für Teil unseres christlichen Versöhnungsauftrages. Wir setzen uns mit gleicher Entschiedenheit für das Ende der Verfolgung von Christinnen und Christen in allen Teilen der Welt ein.
7. Wir wollen geflohenen Christinnen und Christen in unserer Region eine geistliche Heimat bieten. Wir fordern das Landeskirchenamt und die Kirchengemeinden auf, entsprechende Angebote zu fördern und einladend auf Flüchtlinge zuzugehen.
8. Wir lehnen es ab, in der politischen Debatte soziale Aufgaben gegeneinander auszuspielen. Die notwendige Finanzierung der Flüchtlingshilfe darf nicht zu Kürzungen bei anderen sozialen Aufgaben in unserem Land führen.
9. Wir danken allen Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich innerhalb uns außerhalb von Kirche und Diakonie mit großem Engagement für Geflüchtete einsetzen und damit einen unersetzlichen Beitrag zur Bewältigung der uns gestellten Aufgaben leisten.